

Abgabenordnung (AO 1977)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866, ber. BGBl. I 2003 S. 61)*, zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2178)**,**

– Auszug –

Inhaltsübersicht

ERSTER TEIL			
Einleitende Vorschriften			
ERSTER ABSCHNITT			
Anwendungsbereich		§	
Anwendungsbereich	1	Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	20
Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	2	Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	20 a
		Umsatzsteuer	21
		Realsteuern	22
		Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	22 a
		Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	23
		Ersatzzuständigkeit	24
		Mehrfache örtliche Zuständigkeit	25
		Zuständigkeitswechsel	26
		Zuständigkeitsvereinbarung	27
		Zuständigkeitsstreit	28
		Gefahr im Verzug	29
ZWEITER ABSCHNITT			
Steuerliche Begriffsbestimmungen			
Steuern, steuerliche Nebenleistungen	3	VIERTER ABSCHNITT	
Gesetz	4	Steuergeheimnis	
Ermessen	5	Steuergeheimnis	30
Behörden, Finanzbehörden	6	Schutz von Bankkunden	30 a
Amtsträger	7	Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	31
Wohnsitz	8	Mitteilung zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	31 a
Gewöhnlicher Aufenthalt	9	Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	31 b
Geschäftsleitung	10	FÜNFTER ABSCHNITT	
Sitz	11	Haftungsbeschränkung für Amtsträger	
Betriebsstätte	12	Haftungsbeschränkung für Amtsträger	32
Ständiger Vertreter	13		
Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	14		
Angehörige	15		
DRITTER ABSCHNITT			
Zuständigkeit der Finanzbehörden			
Sachliche Zuständigkeit	16		
Örtliche Zuständigkeit	17		
Gesonderte Feststellungen	18		
Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	19		

* Neue Rechtschreibung hier teilweise noch nicht eingearbeitet.

** Siehe auch Anwendungserlass zur Abgabenordnung i. d. F. vom 31. 1. 2014 (BStBl. I S. 290), zuletzt geändert durch BMF-Schreiben vom 26. 1. 2015 (Internet: www.bundesfinanzministerium.de/BMF-Schreiben/Anwendungserlass).

*** Änderungen zum 1. 5. 2016 gemäß Gesetz vom 22. 12. 2014 (BGBl. I S. 2417) betreffend den Zollkodex der Union noch nicht eingearbeitet.

ZWEITER TEIL	§		§
Steuerschuldrecht			
ERSTER ABSCHNITT			
Steuerpflichtiger			
Steuerpflichtiger	33	Voraussetzung der Steuer-	
Pflichten der gesetzlichen Vertreter		vergünstigung	59
und der Vermögensverwalter	34	Anforderungen an die Satzung	60
Pflichten des Verfügungs-		Feststellung der satzungsmäßigen	
berechtigten	35	Voraussetzungen	60 a
Erlöschen der Vertretungsmacht	36	Satzungsmäßige Vermögens-	
		bindung	61
		Rücklagen und Vermögensbildung	62
		Anforderungen an die tatsächliche	
		Geschäftsführung	63
		Steuerpflichtige wirtschaftliche	
		Geschäftsbetriebe	64
		Zweckbetrieb	65
		Wohlfahrtspflege	66
		Krankenhäuser	67
		Sportliche Veranstaltungen	67 a
		Einzelne Zweckbetriebe	68
ZWEITER ABSCHNITT		VIERTER ABSCHNITT	
Steuerschuldverhältnis		Haftung	
Ansprüche aus dem Steuerschuld-		Haftung der Vertreter	69
verhältnis	37	Haftung des Vertretenen	70
Entstehung der Ansprüche aus dem		Haftung des Steuerhinterziehers	
Steuerschuldverhältnis	38	und des Steuerhelfers	71
Zurechnung	39	Haftung bei Verletzung der Pflicht	
Gesetz- oder sittenwidriges		zur Kontenwahrheit	72
Handeln	40	Haftung bei Organschaft	73
Unwirksame Rechtsgeschäfte	41	Haftung des Eigentümers von	
Missbrauch von rechtlichen		Gegenständen	74
Gestaltungsmöglichkeiten	42	Haftung des Betriebsübernehmers	75
Steuerschuldner, Steuer-		Sachhaftung	76
vergütungsgläubiger	43	Duldungspflicht	77
Gesamtschuldner	44		
Gesamtrechtsnachfolge	45		
Abtretung, Verpfändung,			
Pfändung	46		
Erlöschen	47		
Leistung durch Dritte, Haftung			
Dritter	48		
Verschollenheit	49		
Erlöschen und Unbedingtwerden der			
Verbrauchssteuer, Übergang der			
bedingten Verbrauchsteuerschuld	50		
DRITTER ABSCHNITT		DRITTER TEIL	
Steuerbegünstigte Zwecke		Allgemeine Verfahrensvorschriften	
Allgemeines	51	ERSTER ABSCHNITT	
Gemeinnützige Zwecke	52	Verfahrensgrundsätze	
Mildtätige Zwecke	53	1. Unterabschnitt	
Kirchliche Zwecke	54	Beteiligung am Verfahren	
Selbstlosigkeit	55	Beteiligte	78
Ausschließlichkeit	56	Handlungsfähigkeit	79
Unmittelbarkeit	57	Bevollmächtigte und Beistände	80
Steuerlich unschädliche		Bestellung eines Vertreters von	
Betätigungen	58	Amts wegen	81
		2. Unterabschnitt	
		Ausschließung und Ablehnung	
		von Amtsträgern	
		und anderen Personen	
		Ausgeschlossene Personen	82

die bei der Auslegung oder Anwendung des jeweiligen Abkommens bestehen, zu beseitigen.

ZWEITER ABSCHNITT

Steuerliche Begriffsbestimmungen

§ 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen

(1) Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft; die Erzielung von Einnahmen kann Nebenzweck sein.

(2) Realsteuern sind die Grundsteuer und die Gewerbesteuer.

(3) Einfuhr- und Ausfuhrabgaben nach Artikel 4 Nr. 10 und 11 des Zollkodexes sind Steuern im Sinne dieses Gesetzes.

(4) Steuerliche Nebenleistungen sind Verzögerungsgelder (§ 146 Abs. 2 b), Verspätungszuschläge (§ 152), Zuschläge gemäß § 162 Abs. 4, Zinsen (§§ 233 bis 237), Säumniszuschläge (§ 240), Zwangsgelder (§ 329) und Kosten (§§ 89, 178, 178 a und §§ 337 bis 345) sowie Zinsen im Sinne des Zollkodexes und Verspätungsgelder nach § 22 a Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes.

(5) Das Aufkommen der Zinsen auf Einfuhr- und Ausfuhrabgaben im Sinne des Artikels 4 Nr. 10 und 11 des Zollkodexes steht dem Bund zu. Das Aufkommen der übrigen Zinsen steht den jeweils steuerberechtigten Körperschaften zu. Das Aufkommen der Kosten im Sinne des § 89 steht jeweils der Körperschaft zu, deren Behörde für die Erteilung der verbindlichen Auskunft zuständig ist. Das Aufkommen der Kosten im Sinne des § 178 a steht dem Bund und den jeweils verwaltenden Körperschaften je zur Hälfte zu. Die übrigen steuerlichen Nebenleistungen fließen den verwaltenden Körperschaften zu.

§ 4 Gesetz

Gesetz ist jede Rechtsnorm.

§ 5 Ermessen

Ist die Finanzbehörde ermächtigt, nach ihrem Ermessen zu handeln, hat sie ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten.

§ 6 Behörden, Finanzbehörden

(1) Behörde ist jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt.

(2) Finanzbehörden im Sinne dieses Gesetzes sind die folgenden im Gesetz über die Finanzverwaltung genannten Bundes- und Landesfinanzbehörden:

1. das Bundesministerium der Finanzen und die für die Finanzverwaltung zuständigen obersten Landesbehörden als oberste Behörden,
2. die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, das Bundeszentralamt für Steuern und die Generalzolldirektion als Bundesoberbehörden,

3. Rechenzentren sowie Landesfinanzbehörden, denen durch eine Rechtsverordnung nach § 17 Absatz 2 Satz 3 Nummer 3 des Finanzverwaltungsgesetzes die landesweite Zuständigkeit für Kassengeschäfte und das Erhebungsverfahren einschließlich der Vollstreckung übertragen worden ist, als Landesoberbehörden,
4. die Oberfinanzdirektionen als Mittelbehörden,
- 4a. die nach dem Finanzverwaltungsgesetz oder nach Landesrecht an Stelle einer Oberfinanzdirektion eingerichteten Landesfinanzbehörden,
5. die Hauptzollämter einschließlich ihrer Dienststellen, die Zollfahndungsämter, die Finanzämter und die besonderen Landesfinanzbehörden als örtliche Behörden,
6. Familienkassen,
7. die zentrale Stelle im Sinne des § 81 des Einkommensteuergesetzes und
8. die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (§ 40 a Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes).

§ 7 Amtsträger

Amtsträger ist, wer nach deutschem Recht

1. Beamter oder Richter (§ 11 Abs. 1 Nr. 3 des Strafgesetzbuches) ist,
2. in einem sonstigen öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis steht oder
3. sonst dazu bestellt ist, bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle oder in deren Auftrag Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrzunehmen.

§ 8 Wohnsitz

Einen Wohnsitz hat jemand dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung beibehalten und benutzen wird.

§ 9 Gewöhnlicher Aufenthalt

Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt. Als gewöhnlicher Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes ist stets und von Beginn an ein zeitlich zusammenhängender Aufenthalt von mehr als sechs Monaten Dauer anzusehen; kurzfristige Unterbrechungen bleiben unberücksichtigt. Satz 2 gilt nicht, wenn der Aufenthalt ausschließlich zu Besuchs-, Erholungs-, Kur- oder ähnlichen privaten Zwecken genommen wird und nicht länger als ein Jahr dauert.

§ 10 Geschäftsleitung

Geschäftsleitung ist der Mittelpunkt der geschäftlichen Oberleitung.

§ 11 Sitz

Den Sitz hat eine Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse an dem Ort, der durch Gesetz, Gesellschaftsvertrag, Satzung, Stiftungsgeschäft oder dergleichen bestimmt ist.

§ 12 Betriebstätte

Betriebstätte ist jede feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die der Tätigkeit eines Unternehmens dient.

Als Betriebstätten sind insbesondere anzusehen:

1. die Stätte der Geschäftsleitung,
2. Zweigniederlassungen,
3. Geschäftsstellen,
4. Fabrikations- oder Werkstätten,
5. Warenlager,
6. Ein- oder Verkaufsstellen,
7. Bergwerke, Steinbrüche oder andere stehende, örtlich fortschreitende oder schwimmende Stätten der Gewinnung von Bodenschätzen,
8. Bauausführungen oder Montagen, auch örtlich fortschreitende oder schwimmende, wenn
 - a) die einzelne Bauausführung oder Montage oder

(Fortsetzung Seite 13)